

Michael Cirkel

#### **Auf den Punkt**

- „Das“ Quartier existiert nicht – es geht um mein und dein Quartier. Das Fundament für jede Art von Quartiersentwicklung ist die Quartiersidentität.
- Das Quartier ist kein Selbstläufer, es braucht Moderation und Unterstützung um Identität und Strukturen herauszubilden.
- Versorgungssicherheit ist nur eine Seite, für viele ältere Menschen sind eine funktionierende Nachbarschaft und soziale Teilhabe wichtiger als der Supermarkt um die Ecke.
- Wohnortnahe Unterstützungs-, Teilhabe- und Versorgungsstrukturen können den längeren Verbleib Älterer in der eigenen Wohnung ermöglichen und damit zur Kostenvermeidung ebenso beitragen wie zur ortsnahe Nachfragestabilisierung.
- QuartiersentwicklerInnen sehen sich häufig einer Vielzahl unterschiedlicher Ansprüche und Erwartungen ausgesetzt, die nicht zu erfüllen sind. Eindeutige Zielvorstellungen und Rückendeckung durch die Kommune erleichtern die Aufgabe.

Zentrale Einrichtung der  
Westfälischen Hochschule  
Gelsenkirchen Bocholt  
Recklinghausen in  
Kooperation mit der  
Ruhr-Universität Bochum

## 1. Mein, Dein, Unser – das Quartier als Handlungsebene

Im Zusammenhang mit quartiersbezogenen Aktivitäten taucht oftmals als erstes die Frage auf, was ist denn ein Quartier und wie wird es definiert?

Diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten. Der Begriff „Quartier“ wird sehr heterogen verwendet – Stadtplaner haben z.B. oft ein anderes Verständnis von Quartieren als Soziologen, Architekten, Politiker oder Verwaltungsmitarbeiter, Dienstleister oder Nachfrager und letztlich Bürger. Während es bei den einen um einen räumlich-funktionalen Zusammenhang geht, der analysiert oder geplant wird, sehen andere Akteure in einem Quartier eher einen Nachfrageraum für das Angebot bestimmter Produkte und Leistungen oder einen Raum für soziale Interaktion und politische Willensbildung. Für die meisten Menschen aber ist Quartier zuerst einmal eins: ihr Zuhause.

Ein allgemein gültiges, interdisziplinär anerkanntes Konzept der Quartiersdefinition existiert somit nicht (vgl. Schnur 2008). Stattdessen setzen sich in der Realität zunehmend multidimensionale Quartiersdefinitionen durch, mit denen versucht wird, mehrere der genannten Komponenten übereinander zu legen und so zu Abgrenzungskriterien für ein Quartier zu kommen, die auf den jeweiligen Zweck zugeschnitten sind.

Das Problem der Quartiersdefinition ist der eingangs gestellten Frage immanent und nicht allgemeingültig beantwortbar. Eigentlich müsste gefragt werden: „Was ist mein Quartier?“, d.h. welches ist der Raum, den ich zunächst als Individuum und darüber hinausgehend, als Nachbarschaft oder Bewohnerschaft, als Quartier empfinde. Das Quartier ist somit ein subjektives Gebilde, welches je nach Akteursgruppe und Interessenlage anders ausfallen wird. Für die Bewohnerinnen und Bewohner sind überwiegend zwei Gründe ausschlaggebend für ihre Definition des Quartieres, zum einen die Quartiersidentität und zum anderen die Funktion, die das Quartier erfüllt.

Erstere wird häufig geprägt von bestimmten Charakteristika, z.B. architektonischer und sozialer Natur. Dabei kann es sich um ein markantes Gebäude handeln wie z.B. eine Kirche, einen Platz, Park und ähnliches oder auch ein Gebäudeensemble wie z.B. im Falle einer besonderen Siedlungsarchitektur, etwa der klassischen „Zechensiedlung“. Diese Merkmale übernehmen die Funktion eines Begegnungsraumes für die Bewohnerschaft und bilden einen sozialen Fokuspunkt des Quartiers, schaffen Identität und unterstützen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner. Soziale Bindungen und ein mehr oder weniger starkes „Gemeinschaftsgefühl“ sind eine wichtige Grundlage für die Wahrnehmung von Nachbarschaften und Quartieren.

Das zweite Merkmal betrifft die unmittelbaren Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner, d.h. die Versorgungsfunktion des Quartiers in Hinblick auf die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, mit Gesundheits- und Bildungsleistungen, mit öffentlicher Infrastruktur u.a.m. Hier hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein Wandel vollzogen, der einen erheblichen Funktionsverlust zur Folge hatte. Vielfach sind aus ehemals multifunktionalen Gebieten, in denen Einzelhandel, Handwerk, Praxen, Schulen, Bank- und Postfilialen verfügbar waren, reine Wohngebiete geworden, in deren direktem Wohnumfeld keine Versorgungsmöglichkeiten mehr gegeben sind und in denen kein Quartiersfokus mehr vorhanden ist.

## 2. Demografische Herausforderungen

Die demografische Alterung und der sozio-strukturelle Wandel werden nachhaltige Auswirkungen auf die zukünftige Organisation der Gesellschaft haben. Nicht nur auf die Sozialsysteme, sondern auch auf die kulturellen, sozialen und ökonomischen Bereiche. Der Ermöglichung eines lebenswerten, gesunden und aktiven Alters stehen große Herausforderungen auf der Kostenseite, insbesondere der Aufwendungen für Gesundheit und Pflege gegenüber, auch wenn sich die meisten älteren Menschen über 65 Jahren trotz altersbedingter Beeinträchtigungen noch durchaus fit und gesund fühlen. „Erst im hohen Alter steigt der Pflegebedarf deutlich an. Zwischen 75 und 79 Jahren ist jede zehnte Person pflegebedürftig, in der Altersgruppe der über 90-Jährigen steigt der Anteil auf rund zwei Drittel. Noch 85 Prozent der Menschen ab 85 Jahren leben heute im eigenen Haushalt. Über 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause betreut.“ (7. Altenbericht 2016: - V-)

Die aktuell hohe Zuwanderung nach Deutschland hat nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes insgesamt nur sehr geringe Auswirkungen auf die langfristige Bevölkerungsentwicklung und schlägt sich vor allem im kurzfristigen Anstieg der Bevölkerungszahl nieder. Eine Umkehrung des Trends der zunehmenden Alterung der Bevölkerung kann dadurch nicht erwartet werden. Auch in den nächsten drei Jahrzehnten wird die aktuelle Altersstruktur die Bevölkerungsentwicklung prägen (Vgl. Stat. BA 2016. Pressemitteilung Nr. 021 vom 20.01.2016: Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar).

Zur Gestaltung des Lebens im Alter kommt den Städten und Gemeinden als kleinste räumliche Verwaltungseinheiten eine besondere Bedeutung zu. Sie sehen sich aber angesichts ihrer eingeschränkten Ressourcen auch besonderen Herausforderungen und Belastungen gegenüber, die sie z.T. an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bringen, wie die Flüchtlingswelle der vergangenen Jahre gezeigt hat.

Unabhängig von Pflegebedarf und Gesundheitsstatus vereint die weit überwiegende Mehrheit der älteren Menschen der Wunsch, möglichst lange und selbständig in der eigenen Wohnung und dem gewohnten Wohnumfeld zu leben und dies möglichst unter Einbindung in die lokale Gemeinschaft.

Daraus ergeben sich vielfältige Herausforderungen für die Kommunen: Die Ausweitung der vorhandenen Betreuungs- und Unterstützungssysteme, die bedarfsorientierte Ausweitung der Angebote an altersgerechtem Wohnraum und alternativen Wohnformen, Angebote zum Erhalt der Mobilität sowie zur Wahrung des Rechts auf Teilhabe und politische Mitbestimmung, die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums u.v.m.

Fast alle Kommunen haben sich inzwischen mit dem demografischen Wandel auseinandergesetzt und sich zumindest auf der analytischen Ebene mit entsprechenden Handlungsstrategien beschäftigt. Da viele Kommunen sich mit Blick auf ihre Haushaltslage in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt sehen, verfolgten sie lange Zeit eine selektive Strategie, die einen ausgewählten Politikbereich stärkt. Hier dominierte lange die als zukunftsfähig angesehene „aktivierende Familienpolitik“, wie der Deutsche Städtetag noch 2006 konstatierte (vgl. Deutscher Städtetag 2006). Ziel dieser Strategie ist es, den Bevölkerungsrückgang zu stoppen und die Attraktivität für Familien und junge Leute zu steigern. Verkannt wird dabei, dass solche als Einzelstrategie angelegten Maßnahmen nur bedingt zielführend sind und andere Problemlagen mittelfristig umso stärker durchschlagen.

Seit einiger Zeit machen sich immer mehr Kommunen auf den Weg, diesen eindimensional angelegten Strategien integrierte Handlungskonzepte entgegen zu setzen, die über die sektorale Betrachtung von Einzelmaßnahmen hinausgehen und Kinder-, Jugend- und altengerechte Unterstützungsmaßnahmen als sozialraumorientiertes Gesamtkonzept planen. Diese Ansätze

reichen von Projekten zur Wiederbelebung von Dörfern oder Stadtteilen, in denen kaum noch Versorgungseinrichtungen zu finden sind, über neue seniorenpolitische Steuerungsmodelle wie z.B. die wirkungsorientierte Steuerung in Leverkusen, neue Anreizsysteme, wie im Kreis Mettmann, wo Mittel, die durch die Vermeidung von stationären Pflegeeinweisungen eingespart werden können, in die Verbesserung der Unterstützungsinfrastruktur für ältere Menschen vor Ort fließen. Die Dortmunder Seniorenbüros, die ältere Menschen im Stadtteil in ihrer Selbständigkeit unterstützen und dabei auch umfassende Einzelfallhilfe im Sinne des Case- und Care-Managements leisten. Bis hin zur Stadt Ulm, welche die kommunalen Unterstützungssysteme im Rahmen ihres Konzeptes „Sozialraumorientierung in der sozialen Arbeit“ komplett neu strukturiert hat und das klassische System der kommunalen Kinder- und Altenhilfe zusammengeführt und in ein stadtbezirksorientiertes System überführt hat, um nur einige Beispiele zu nennen.

Gemein ist all diesen unterschiedlichen Konzepten die Überwindung der Ressortgrenzen, die konsequente Einbeziehung weiterer Akteure wie der freien Träger, der Vereine, Händler und Gewerbetreibenden sowie bürgerschaftlich Engagierter, um so die vorhandenen familiären, nachbarschaftlichen und sozialräumlichen Ressourcen zu stärken. Kernpunkt der Herangehensweise ist die Orientierung an den vor Ort vorgefundenen Gegebenheiten und den damit verbundenen spezifischen Problemlagen, Chancen, Ressourcen und Akteurskonstellationen, ihre Vernetzung und falls nötig Ergänzung.

Ein solchermaßen „vernetztes Quartier“ als Anknüpfungspunkt für neue Unterstützungskonzepte an der Schnittstelle zwischen Kommune, Ehrenamt, wohlfahrtlichen und wirtschaftlichen Akteuren kann Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels bieten.

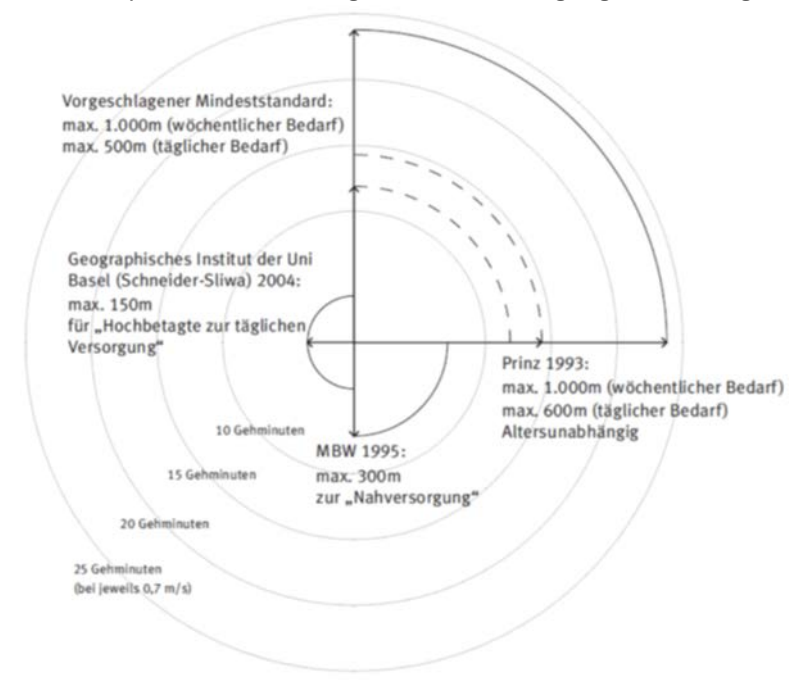
### **3. Handlungsebene Quartier**

Die Nachteile der o.a. Funktionstrennung in den Städten werden vor allem mit der abnehmenden Mobilität deutlich, wenn das Alter der Bewohnerschaft steigt und insbesondere die Zahl hochbetagter Personen wächst. Für viele ältere Menschen, aber auch für Kinder, bildet das Quartier den unmittelbar erlebbaren und erfahrbaren Lebensraum und nimmt damit eine zentrale Funktion zum Erhalt von Wohn- und Lebensqualität ein.

Von besonderer Bedeutung ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, gleichzeitig aber auch bezahlbaren Versorgung, um älteren Menschen die für die Vielfalt ihrer Bedürfnisse passenden Angebote bieten zu können. Versorgung mit Gesundheit und Pflege sowie die Sicherung eines ausreichenden Einkommens sind hier die Basis, darüber hinaus geht es aber ebenso um kulturelle und soziale Bedürfnisse, um Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe.

Bei Kreuzer und Scholz findet sich der Hinweis auf die „Lebensumwelt“ der betroffenen Personen, ihre „Ressourcen“ und den „Möglichkeitsraum“, in dem sie möglichst ohne Barrieren die entsprechenden Bedürfnisse befriedigen können sollen. Dieser schrumpft für ältere Menschen zusehends zusammen, wenngleich es hierzu auch unterschiedliche Annahmen gibt. Studien zur Mobilität älterer Menschen legen den Schluss nahe, dass v.a. die Erledigungen des täglichen Bedarfs innerhalb eines Radius von max. ca. 1.000 m möglich sein sollten. Diverse Autoren ergänzen aber, dass für ältere (und insbesondere Hochbetagte) dieser Radius schon zu groß ist; sie gehen von geringeren Aktionsräumen aus. Als Richtwerte stehen 150 oder auch 300 m im Raum, je nach Alter der Personen und Untersuchungsfokus (vgl. Abb. 1).

Abb.1: Empfohlene Entfernungen für Nahversorgungseinrichtungen – „Aktionsradien“

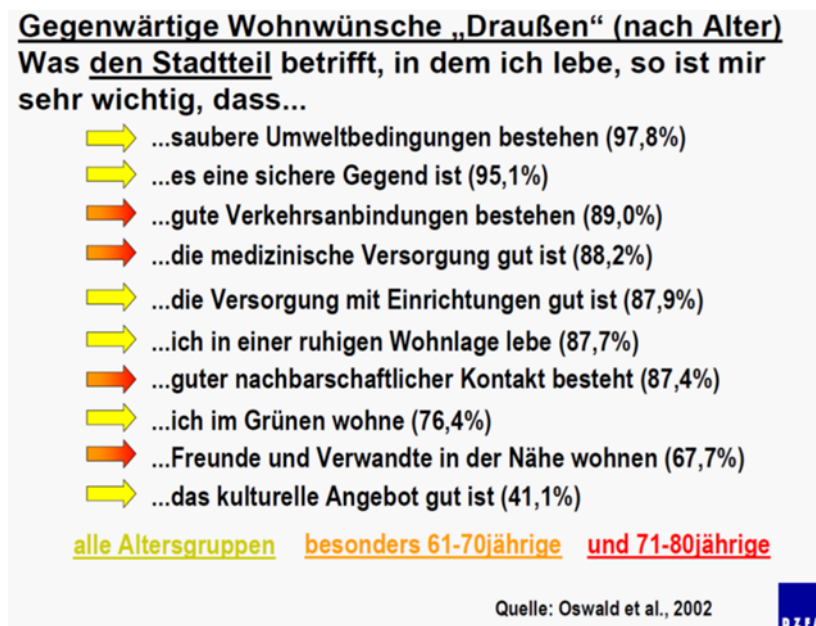


Quelle: Kreuzer, Scholz 2010: 35

Es geht also nicht nur darum, dass rein rechnerisch ausreichend barrierefreie oder altersgerechte Wohnobjekte und Wohnungen zur Verfügung stehen, die aus Kostengründen ggf. in effizienten Großeinheiten zusammengefasst sind. Es geht um die Verortung von Wohn- und Versorgungsmöglichkeiten im Nahbereich der Personen mit (perspektivischem) Hilfebedarf. Die Auflösung des Konfliktes zwischen kosteneffizienten Großeinheiten und dem Bedürfnis nach wohnortnaher Versorgung wird durch den Perspektivwechsel auf das Quartier als Handlungsebene möglich. Wenn es gelingt, eine kleinteilige Funktionsmischung zumindest in Ansätzen (wieder)herzustellen und die Versorgung quartiersbezogen zu organisieren, um den Menschen in ihrer gewohnten räumlichen und sozialen Umgebung eine Perspektive bis ins hohe Alter zu bieten, kann dies auch dazu führen, dass z.B. weniger Menschen auf stationäre Pflegeplätze angewiesen sind und die sozialen Dienste, das Rettungswesen u.a.m. von Sozialalarmen entlastet werden, so dass dadurch nicht nur den Wünschen der Menschen entsprochen wird, sondern auch volkswirtschaftlich Kosten vermieden werden können.

Befragungen zeigen, dass nicht nur die Wohnung selbst, sondern vor allem das Wohnumfeld für viele Menschen wichtig ist (siehe Abb.2). Mit zunehmendem Alter steigt dabei die Bedeutung, die der medizinischen Infrastruktur und den Verkehrsanbindungen, insbesondere dem öffentlichen Personennahverkehr, zugemessen wird. Aber ebenso wichtig ist die Bedeutung des Wohnumfeldes als Ort sozialer Beziehungen in Form von Freunden, Familie und guter Nachbarschaft.

Abb. 2: Bedeutung von Wünschen an das Wohnumfeld nach Altersgruppen



Quelle: Oswald et al. 2002

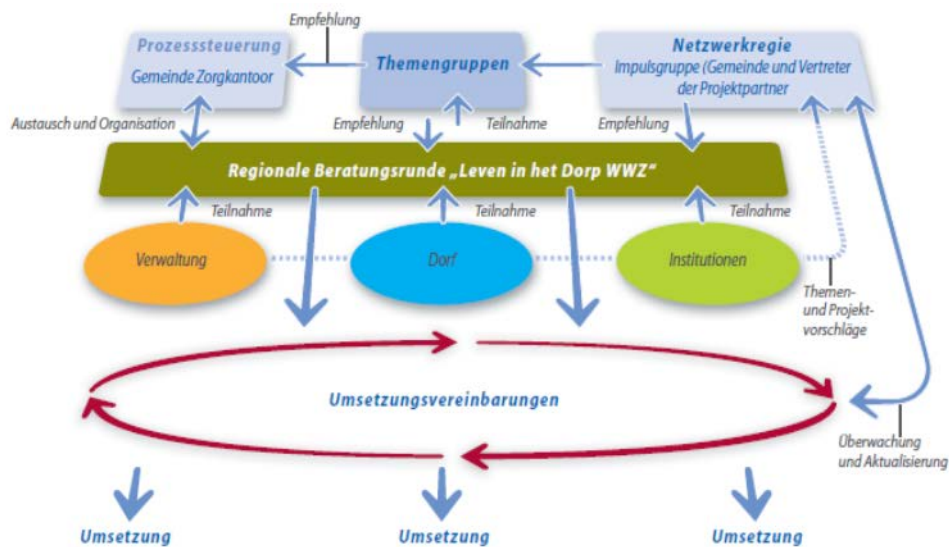
Die Bedeutung einer guten Nachbarschaft und von sozialen Kontakten im unmittelbaren Wohnumfeld wird hier, zum einen mit Blick auf die sich wandelnden Familienstrukturen, zum anderen aufgrund des Wachstums der Technikakzeptanz bei Älteren und der damit verbundenen zunehmenden Inanspruchnahme von Online Angeboten, eher noch zunehmen.

Quartiersmodelle für ältere Menschen werden bereits seit Mitte der 1990er Jahre unter der Bezeichnung „Wohnpflegezone“ (Woonzorgzone) in den Niederlanden diskutiert (vgl. Singelenberg 2010). Zentrum einer solchen Woonzorgzone ist dabei jeweils ein Quartierszentrum, in dem verschiedene Funktionen vereint sind:

- Ein Pflegestützpunkt als Sitz ambulanter Pflegekräfte und als Koordinierungs- sowie Beratungseinrichtung;
- ein Stützpunkt für soziale Dienste und deren Vermittlung z.B. Haushaltshilfen,
- ein Bürgerzentrum, das Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote für die Bewohnerschaft bietet sowie
- ein Gesundheitszentrum mit Praxen für Ärzte, Therapeuten und Apotheke.

In den Niederlanden fand die Umsetzung z.B. in der Gemeinde Peel en Maas statt. Grundlage waren ein komplexes Netzwerk mit rund 36 beteiligten (professionellen) Partneereinrichtungen, die auch den größten Teil der Finanzierung übernahmen, sowie viel Zeit, die in die Vorbereitung und Umsetzung investiert wurde. Allein drei Jahre wurden in den Aufbau einer geeigneten Projektstruktur (vgl. Abb. 3) und die Akquise und Einbindung der Partner investiert.

Abb. 3: Projektstruktur „Leven in het Dorp“



Quelle: Knöbl 2012

In der praktischen Umsetzung wird dieses Modell in Deutschland häufig mit dem Konzept der „Pantoffelnähe“ übersetzt (vgl. MGEPA 2013). Die Umsetzung eines solchen Modells ist nur unter Verfolgung einer integrierten Perspektive zu erreichen, die eine Vielzahl von Akteuren und Handlungsfeldern einbezieht und nicht zuletzt die Betroffenen selbst an der Gestaltung von Maßnahmen beteiligt und an den Nachfragepräferenzen der Seniorenhaushalte ausgerichtet ist. Daher bedarf es zur Sicherstellung von Versorgungssicherheit im höheren Lebensalter Lösungen, die Bezug nehmen zum Sozial- und Lebensraum der Menschen sowie zu anderen Bedürfnissen der zunehmend hilfsbedürftigen Menschen.

#### 4. Ergebnisse aus der Quartiersentwicklung

Eine Blaupause für die sozialraumorientierte altengerechte Gestaltung hat das Land NRW mit dem „Masterplan altengerechte Quartiere.NRW“ (MGEPA 2013) vorgelegt und zugleich mit dem „Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW“ eine entsprechende Unterstützungsinstanz geschaffen, bei der kommunale Akteure Hilfe und Beratung in Fragen der altengerechten Quartiersgestaltung finden. Zudem wurde ein Förderprogramm aufgelegt, in dem die Kommunen in NRW Fördermittel zur Einstellung von QuartiersentwicklerInnen abrufen konnten, um den Transfer in die Fläche zu unterstützen. Inzwischen haben fast alle kreisfreien Städte und Kreise in NRW von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und MitarbeiterInnen eingestellt, die mit der Umsetzung der altengerechten Quartiersentwicklung betraut wurden. Dementsprechend breit ist auch das Spektrum der anvisierten Ziele, ihr Konkretisierungsgrad und die Ankopplung des Konzeptes Quartier an die anderen kommunalen Politikfelder.

Der idealtypische Prozess der Quartiersentwicklung sollte einem Muster aus Analyse, Bedarfsermittlung und -priorisierung, partizipativer Maßnahmeentwicklung und Umsetzung folgen. Neben konkreten Umsetzungsmaßnahmen steht die Vernetzung der Quartiersakteure im Vordergrund und bildet einen Kernpunkt des Entwicklungsauftrages.

Die Quartiere in NRW stellen sich extrem heterogen dar. Dies hängt nicht nur mit den spezifischen Voraussetzungen vor Ort zusammen, sondern auch mit den teils stark divergierenden

Erwartungshaltungen und Zielvorstellungen der involvierten Akteure (Bewohnerschaft, Politik, Verwaltung, Wohlfahrtspflege etc.). Erste Ergebnisse aus der Quartiersentwicklung, die aus Workshops und Gesprächen mit QuartiersentwicklerInnen und kommunalen VertreterInnen gewonnen wurden, deuten darauf hin, dass die oben getroffenen Annahmen in die richtige Richtung zielen, die konkrete Umsetzung allerdings häufig ins Stocken gerät. Ursachen finden sich sowohl auf der strukturellen Ebene z.B. durch mangelnde Unterstützung der verschiedenen kommunalen Ämter oder verfestigte Verbandsstrukturen im Quartier, als auch auf der Umsetzungsebene; hier liegen die Probleme oft im Detail z.B. in mangelnder Verbindlichkeit, Konflikten zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen oder der Konsumhaltung einzelner Akteure.

Auf Ebene der QuartiersentwicklerInnen ist zu konstatieren, dass sie sich häufig unterschiedlichsten Erwartungshaltungen und Zielvorstellungen ausgesetzt sehen, die nicht gleichzeitig zu erfüllen sind. Dadurch geraten sie in eine unangemessene Rechtfertigungssituation, die leicht zu Überforderung führt. Dies beginnt bereits bei der Erhebung der Bedarfe im Quartier, sowohl hinsichtlich methodischer Probleme als auch hinsichtlich der Inhalte. Nach wie vor ungelöst ist das Problem die eigentliche Zielgruppe der älteren Menschen zu erreichen, die aus unterschiedlichsten Gründen große Zurückhaltung gegenüber den verschiedenen Erhebungs- und Beteiligungsformaten an den Tag legen. Vor allem die Erhebung von Wünschen und Bedarfen allein lebender Älterer, die nur schwer zu erreichen sind, erwies sich als große Herausforderung. Ursachen können generelle Unsicherheit und Desinteresse ebenso sein wie physische oder psychische Beeinträchtigungen, mangelnde Sprachkompetenz z.B. im Falle älterer MigrantInnen, Ängste oder sozialisationsbedingte Zurückhaltung. Hier besteht die Gefahr der Fehlwahrnehmung von Bedarfen durch die überdurchschnittliche Beteiligung bestimmter Bewohnergruppen. In vielen Fällen hilft hier nur ein Methodenmix weiter, der auch auf zugehende Methoden zurückgreift und im Quartier ansässige Akteure wie z.B. Apotheker und Ärzte mit einbindet.

Auf der organisatorischen Ebene zeigte sich, dass die Akteure vor Ort dem Vernetzungsgedanken gegenüber in einigen Fällen weit weniger aufgeschlossen waren, als erwartet. So wurde durch die Quartiersentwicklung sogar die Entstehung einer Konkurrenzsituation befürchtet, die den eigenen Interessen entgegensteht. Von Seiten der Quartiersentwicklung wurde im Rahmen der Vernetzungstätigkeit die Existenz geschlossener Systeme festgestellt (z.B. Kirche, Jugendtreff, Seniorenheim, Kita), bei denen kein Interesse zur Öffnung im Sinne der Quartiersarbeit besteht. Häufiger wurde zwar generelles Interesse bekundet, aber durch die Überlastung in der eigenen Kerntätigkeit auf eine Beteiligung verzichtet. Der Umgang mit alteingesessenen Strukturen, der Interessenlage der Akteure und der Motivation zur Mitarbeit am Entwicklungsprozess ist dementsprechend mit vielen Unsicherheiten und offenen Fragen behaftet. Dies trifft umso mehr zu, je deutlicher es wird, dass die Quartiersentwicklung nur als zeitlich befristetes Projekt angelegt ist.

Eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Quartiersarbeit ist es, die Quartiersidentität zu stärken und bei den Bewohnerinnen und Bewohnern ein Gemeinschaftsgefühl und eine Verbundenheit zueinander und zu ihrem Quartier zu schaffen. Michell-Auli und Kremer-Preiß (dieselben 2013: 16 ff.) sprechen in diesem Zusammenhang von einem „wertschätzenden gesellschaftlichen Umfeld“, das auf gemeinsamen gesellschaftlichen Werten basiert und Ausgrenzungen und Tabuisierungen verhindert. Sie sehen hierin einen Schlüssel dafür, dass die Bewohnerschaft eines Quartiers Verantwortung für einander übernimmt und sich engagiert. Die Arbeit an der Quartiersidentität ist eine langwierige und schwierige Aufgabe, die sich für die QuartiersentwicklerInnen nicht selten als unbefriedigend darstellt, da kaum direkte Erfolge zu erkennen sind und sich somit der Legitimierungsdruck gegenüber dem Auftraggeber erhöht.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Entwicklung von altengerechten Quartieren kein Selbstläufer ist, sondern Moderation und Begleitung benötigt. Die Einbindung in die Kommune, die



Entwicklung einer Quartiersidentität und die Sicherung der Nachhaltigkeit bilden das Fundament für eine erfolgreiche Quartiersentwicklung.

Ein wesentlicher Baustein für den Erfolg ist die Unterstützung durch die Kommune und die enge Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ämtern. Angesichts der Vielzahl von Handlungsfeldern und Anforderungen, denen sich die QuartiersentwicklerInnen vor Ort gegenüber sehen, kann der Aufbau integrierter Quartiersstrukturen nur sukzessive erfolgen, der Versuch alle Erwartungen gleichzeitig zu erfüllen ist wenig erfolgversprechend. Die Herstellung und Förderung sozialer nachbarschaftlicher Kontakte ist ein vordringliches Anliegen gerade der älteren BewohnerInnen.

Die Herausbildung einer Quartiersidentität ist eine Grundlage für die Quartiersentwicklung. Quartiersidentität, partizipative Entwicklung und die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements bedingen einander und sind stark von der Sozialstruktur der Bewohnerschaft abhängig. Notwendig sind eine deutliche Kommunikation, klare Zielvorstellungen und die Transparentmachung der Chancen und Möglichkeiten.

Der Aufbau von vernetzten sozialräumlich orientierten Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen kann älteren Menschen den längeren Verbleib in der eigenen Wohnung ermöglichen und volkswirtschaftlich gesehen Kosten vermeiden. Einspareffekte kommen aber nicht nur den Trägern der Quartiersarbeit zugute, sondern z.B. auch den Kostenträgern im Gesundheitswesen. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit sollte die Suche nach partnerschaftlich organisierten Finanzierungsformen der Quartiersarbeit intensiviert werden.

## Literatur:

7. Altenbericht (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode Drucksache 18/10210 vom 02.11.2016
- Deutscher Städtetag (2006): Arbeitspapier des Deutschen Städtetages 2006. Demografischer Wandel - Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte
- Knöbl, A. (2012): Lernen vom niederländischen Modell. In: Der Paritätische Baden-Württemberg und Wüstenrot Stiftung (Hrsg.) (2012): Älter werden im Quartier: Neue Netzwerke – aktive Teilhabe – Mehr Versorgungssicherheit. S. 21 - 31
- Kreuzer, V.; Scholz, T. (2011): Altersgerechte Stadtentwicklung. Eine aufgaben- und akteursbezogene Untersuchung am Beispiel Bielefeld. Dissertation, Technische Universität Dortmund
- Kreuzer, Volker / Reicher, Christa / Scholz, Tobias (Hg.) (2008) : Zukunft Alter. Stadtplanerische Handlungsansätze zur altersgerechten Quartiersentwicklung. Dortmund
- MGPA (2013): Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Masterplan altengerechte Quartiere.NRW
- Michel-Auli (2012): Quartiersentwicklung als notwendige gesellschaftliche Aufgabe. In: DZA: Sozialraumbezogenen Versorgungsstrukturen für Ältere.
- Michell-Auli, P.; Kremer-Preiß, U. (2013): Quartiersentwicklung - KDA-Ansatz und kommunale Praxis. Zukunft gestalten, Bd. 2. Kuratorium Deutsche Altershilfe (Hrsg.)
- Oswald et al. 2002. Zitiert Nach Wahl, H.-W. (2004): Leben und Wohnen im Alter: Wie können alternswissenschaftliche Befunde die Praxis befördern? Kommunalkongress „Altersgerechte Wohnkonzepte: Gestaltungsmöglichkeiten für Kommunen“, Berlin, 25.11.2004
- Reimann, B.; Böhme, C.; Bär, G. (2010): Mehr Gesundheit im Quartier. Edition Difü Bd. 9
- Rüßler, Harald (2007): Altern in der Stadt
- Schnur, O. (2008): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis.
- Schnur, O.; Drilling, M. (Hrsg.) (2011) : Quartiere im demografischen Umbruch. Beiträge aus der Forschungspraxis. Wiesbaden
- Singelenberg, Jeroen 2010: Nationaler Kontext: Niederlande. Papier der iSa- Plattform (integrated Service areas). Köln: iSa, online: <http://www.isa-platform.eu/uploads/media/Niederlande.pdf>
- Steffens, B. (2014): Alter, Gesundheit, Pflege: Ministerin Steffens: Das Quartier muss Lebensqualität bis ins hohe Alter bieten. PM 20140924a vom 24.09.2014
- TNS Emnid 2011: Wohnwünsche im Alter. Wohnwünsche im Alter. Grafikreport. [http://www.bdb-bfh.de/bdb/downloads/EMNID\\_-\\_Wohnwuensche\\_im\\_Alter.pdf](http://www.bdb-bfh.de/bdb/downloads/EMNID_-_Wohnwuensche_im_Alter.pdf)

**Autor:** [Michael Cirkel](#) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt Gesundheitswirtschaft & Lebensqualität am Institut Arbeit und Technik.

Kontakt: [cirkel@iat.eu](mailto:cirkel@iat.eu)

### **Forschung Aktuell 01/2017**

ISSN 1866 – 0835

Institut Arbeit und Technik

der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen – Bocholt – Recklinghausen

Redaktionsschluss: 18. Januar 2017

<http://www.iat.eu/forschung-und-beratung/publikationen/forschung-aktuell.html>

### **Redaktion**

Claudia Braczko

Tel.: 0209 - 1707 176

Institut Arbeit und Technik

Fax: 0209 - 1707 110

Munscheidstr. 14

E-Mail: [braczko@iat.eu](mailto:braczko@iat.eu)

45886 Gelsenkirchen

IAT im Internet: <http://www.iat.eu>